

Aktuelles zur Völkerwanderung am 15. Januar 2017

Die große Völkerwanderung

Die EU und die Politik in Berlin hat für die Flüchtlingskrise außer frommen Sprüchen keine Strategie zu bieten. Mit Gesinnungsterror wird jede freie Diskussion über das Thema unterdrückt.

Schon wieder wird Griechenland und Italien von Europa – auch Deutschland - im Stich gelassen. Diejenigen, die es trotz aller Gefahren nach Italien schaffen, erreichen [ein bereits völlig überfordertes Land](#). Die anderen EU-Staaten scheinen wenig hilfsbereit zu sein, frei nach dem Motto: Sollen sich doch die Italiener darum kümmern. Aber so einfach ist es nicht: Sein Land werde "*kein weiteres Jahr wie dieses überstehen*", sagte Premier Matteo Renzi einige Wochen vor seinem Rücktritt.

Seit Beginn dieses Jahrhunderts und extrem seit der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015/2016 befindet sich Westeuropa in einer existenziellen Herausforderung durch eine demografische Explosion. Diese findet außerhalb der europäischen Grenzen statt, trifft Europa aber ins Knochenmark dadurch, dass sie in sein Territorium eindringt. Die Bevölkerung der Region des Nahen Ostens und Afrikas hat sich in den wenigen vergangenen [Jahrzehnten beinahe verdoppelt](#). Diese demografische Explosion wird unglücklicherweise von wirtschaftlicher Stagnation aller Länder der Region sowie durch einen politischen Rückfall in [mittelalterlich-despotische Herrschaftsstrukturen](#) begleitet.

Die verzweifelten Nahost-Muslime, zu großen Teilen in archaischen gesellschaftlichen und religiösen Strukturen sozialisiert, suchen nach einem Ausweg und glauben, diesen in Europa, in einer laizistischen säkularisierten Gesellschaft, zu finden; sie kommen zu Millionen und Europa ist auf diese demografische Lawine nicht vorbereitet.

In dieser Atmosphäre fand der Arabische Frühling statt und bot einen Hoffnungsschimmer für Freiheit, Demokratie und Entwicklung. Stattdessen erfolgte Staatszerfall, woraus innere Kriege in Libyen, Syrien, Irak und Jemen resultierten, deren Ende nicht in Sicht ist.

In den nächsten Jahren werden weitere nahöstliche Staaten folgen, vorrangig die Türkei und möglicherweise Ägypten und Algerien.

Zur Globalisierung unserer Zeit gehört der Missstand, dass andere Staaten die Zeche für diese Fehlentwicklung im Nahen Osten zu zahlen haben, konkret ist hier Westeuropa angesprochen.

Aktuelles zur Völkerwanderung am 15. Januar 2017

Fromme Sprüche

Die größte Bedrohung Europas seit dem Zweiten Weltkrieg bildet die gegenwärtige Krisensituation der Völkerwanderungen, die unter dem Namen Flucht aus Nordafrika, Nahost, Zentralasien und Schwarzafrika in Richtung Europa erfolgen. Bisher kamen mehr als drei Millionen Menschen, weitere Millionen sitzen auf ihren Koffern, um nach Europa zu gelangen.

Einmal in Deutschland angekommen stehen allen Zuwanderern sofort soziale Leistungen zu. Die meisten waren noch nie so gut gekleidet, hatten noch nie eine so gute Gesundheitsvorsorge und noch nie so viel Geld in ihrem Leben und können „kleinere“ Beträge sofort via Handy in ihr Heimatland transferieren. Diese Beträge sind dort ein kleines Vermögen.

Kein Wunder, dass die in Europa Ankommenden ihren Clan-Angehörigen berichten, wie „toll“ es ihnen in Europa gehe; sie schneiden auf über das angebliche Paradies und laden zum Nachziehen ein. Das europäische Recht auf Familienzusammenzug erlaubt dies, ja fordert es.

Auf diese Herausforderungen hat die EU und die Politik in Berlin außer frommen Sprüchen wie Solidarität keine Strategie zu bieten. In Europa ist in den vergangenen Jahren ein politisch korrektes vorherrschendes von Linksgrünen bestimmtes Narrativ entstanden, das mit Gesinnungsterror jede freie Diskussion über die hier behandelte Thematik verbietet.

Jenseits jeder Migrations-Romantik muss man zunächst einräumen, dass die westeuropäische Bevölkerung in ihrer demografischen Entwicklung stagniert. Hierdurch entstehen demografische Wachstumsdefizite in Westeuropa verbunden mit dem Bedarf an Einwanderern. Jedoch brauchen die technisch komplexen westeuropäischen Gesellschaften hoch ausgebildete Arbeitskräfte und keine Armutsflüchtlinge, die Parallelgesellschaften in europäischen Großstädten bilden und das Sozialsystem erheblich belasten.

Entwicklung muss gesteuert werden

Zuwanderung wäre, wenn gesteuert, eine Bereicherung für Europa, ebenso wie zunehmende kulturelle Vielfalt. Aus einer unkontrollierten chaotischen Zuwanderung würde eine gesteuerte Einwanderung zum Nutzen unseres Landes.

Dies ist jedoch nur durch kontrollierte Öffnung der Grenzen als Norm der Globalisierung möglich; diese Entwicklung muss durch die betroffenen Staaten gesteuert werden. Die Staaten haben ein Recht zu entscheiden, wer auf ihrem Territorium lebt. Wer sich aber gegen diese Entwicklung erhebt und widerspricht, riskiert es, mit den Keulen des „Populismus“, „Rassismus“ und der „Islamophobie“ erschlagen und mundtot gemacht zu werden.

Die Deutschen sind nicht nur im Fußball Weltmeister, sondern auch in der Ideologisierung der Problematik der Zuwanderung. Ein Beispiel hierfür ist der deutsche Professor [Herfried Münkler](#). In dem Buch „[Die neuen Deutschen](#)“ des Ehepaars Münkler werden Zuwanderer aufgewertet, ohne eine eindeutig definierbare Bestimmung. Die anderen Gesinnungsethiker der Willkommenskultur nennen sie die „*die neu dazugekommen sind*“.

Aktuelles zur Völkerwanderung am 15. Januar 2017

Wenn man unter Bürger aufgeklärter Staatsbürger versteht, dann erfüllt keiner der Millionen Migranten diese Bestimmung. Solange Islam-Gemeinden in Europa das Integrationskonzept des Euro-Islam bekämpfen und in Parallelgesellschaften leben, können islamische Zuwanderer keine europäischen Bürger werden.

Verantwortungsethisch gilt es, eine rechtliche, soziale und politische Einordnung der Migranten vorzunehmen. Es ist von zentraler Bedeutung, die Aufnahmegesellschaft und ihre Identität selbst zu definieren. Der linksgrüne Mainstream will die einheimische Bevölkerung in eine Minderheit verwandeln.

Im Gegensatz zu Migranten wird Europäern eine eigene Identität untersagt. Dazu kommt der Unterschied zwischen Einwanderung und Zuwanderung. Dagegen muss klargestellt werden, ob die Aufnahmegesellschaft ein Ein- oder ein Zuwanderungsland ist.

Statistisch und politisch charakterisiert sich Merkels Deutschland im Zeitraum 2015/2016 dadurch, dass es als ein Zuwanderungsland einzuordnen ist – ja ein Top-Aufnahmeland.

Es nimmt Millionen Menschen ohne eine klare Bestimmung, ja sogar ohne Papiere, in sein Territorium auf. Im Rahmen einer Willkommenskultur erfolgt dies auf eine auffällig naturwüchsige Weise. Das gipfelt dann darin, das *„die Willkommenskultur der beste Schutz vor Terroristen ist“*, wie Katrin Göring-Eckardt feststellte. Die Realität sieht anders aus.

Sechs Einordnungs-Kategorien

Ein Zuwanderungsland lässt nicht nur beliebig Menschen, die keine Bürger sind, hinein, sondern hat auch darüber hinaus kein Politik-Konzept für den Umgang mit diesen Menschen beziehungsweise wie sie in das bestehende Gemeinwesen eingegliedert werden können.

Die USA, Kanada und Australien sind klassische Einwanderungsländer, wohingegen Deutschland das prominenteste Zuwanderungsland der Welt ist; prominent deshalb, weil es statistisch gesehen mehr Migranten als selbst die USA aufnimmt. Alleine Hamburg nimmt pro Jahr die Hälfte der Zahl von Migranten (35.000) auf, die die USA in einem Jahr aufnehmen (70.000).

Fremde, die das Territorium eines anderen Landes betreten, müssen eine klare soziologische und juristische Bestimmung haben. Für diese Fremden gibt es fachlich sechs Einordnungs-Kategorien:

1. Gastarbeiter,
2. Migranten als Einwanderer (erwünscht),
3. Migranten als Zuwanderer (unerwünscht),
4. Illegale Armutsflüchtlinge,
5. Kriegsflüchtlinge nach internationalem Recht und
6. politisch verfolgte Menschen, die das Recht haben, nach Art. 16 GG Asyl zu bekommen.

Diese Kategorien sind nicht vertauschbar; ein Asylant ist zum Beispiel kein Migrant. Eine humanitäre Politik kann keine Einwanderungspolitik ersetzen. Dieser internationale Standard des Wissens über diese Thematik scheint heute in Europa nicht zu gelten, weil es der linksgrünen Ideologie widerspricht.

Aktuelles zur Völkerwanderung am 15. Januar 2017

Als ein Beispiel für Kategorie 1, das heißt die Gastarbeiter, kann man Türken, Spanier und Italiener nennen, die nach 1960 rechtlich befristet in die Schweiz und nach Deutschland kamen. Die verbliebenen fünf Kategorien werden in Deutschland durcheinandergebracht und in den Topf „*Asylsuchende*“ oder politisch korrekt „*Schutzsuchende*“ geworfen.

Es ist einfach lächerlich, wie der deutsche Staat aufwendige Verfahren zur Stellung und Überprüfung von Asylanträgen durchführt, die im Resultat wertlos bleiben. Denn ein negatives Ergebnis ändert nichts daran, ob die angenommenen und abgelehnten Asylsuchenden im Lande bleiben dürfen oder nicht. Abgelehnte Asylbewerber (offiziell zurzeit in Deutschland circa eine halbe Million) bekommen zunächst Duldungsstatus, der nach wenigen Jahren mit einem Daueraufenthaltsrecht mit einem weiteren Recht auf vollen Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen verbunden ist.

Die Libanesen von Essen

Ich möchte die Stadt Essen als ein Beispiel anführen: Ein Drittel der dort seit dem Libanon-Krieg 1975–1990 lebenden Libanesen wird seit drei Generationen rechtlich nur „*geduldet*“. Diese abgelehnten libanesischen Asylbewerber leben in einer Parallelgesellschaft in ihren Clans von der Kriminalität.

Es stellt sich die zynische Frage: Warum werden solch aufwendige Asylverfahren durchgeführt, wenn sie gar keine Auswirkung haben? In einem FAZ-Artikel hierüber wird vermutet, dass die neuen Migranten „*dem libanesischen Modell von Essen folgen werden*“.

Die Diskussion darüber, ob die Flüchtlinge gut oder schlecht für Europa seien, wird vorwiegend gesinnungsethisch, nicht verantwortungsethisch geführt.

Asyl ist kein Gruppenrecht

Gesellschaftlich ist es neben der Differenzierung zwischen Ein- und Zuwanderung erforderlich, auch zwischen humanitärer und Einwanderungspolitik zu unterscheiden. Es ist unbestreitbar, dass politisch Verfolgte ein Recht auf Asyl haben – dieses Recht ist aber ein individuelles und kein Gruppenrecht. Die Anmerkung einer politischen Verfolgung verleiht dem Antragsteller zudem keinen Dauerstatus, ist also keine Einwanderung. Denn das Asylrecht berechtigt nur zu einem zeitlich begrenzten Aufenthalt.

Zuwanderung ist naturwüchsig und chaotisch, so wie in Deutschland von September bis Dezember 2015, als Grenzkontrollen abgeschafft wurden und ca. 1,5 Millionen Menschen unkontrolliert kamen.

Einwanderung erfolgt dagegen erstens nach Bedarf der Aufnahmegesellschaft und zweitens mit dem Ziel, die eingewanderte Person auf Dauer zum individuellen Mitglied des Gemeinwesens zu machen. Ein Bürger-Status muss durch Arbeit und Fleiß erworben werden und kann nicht geschenkt werden, so wie Gesinnungsethiker dies tun, wenn sie Flüchtlinge, die nicht einmal die Landessprache sprechen, zu „*die schon länger hier leben*“ hochstufen.

Aktuelles zur Völkerwanderung am 15. Januar 2017

Außer der oben erläuterten Unterscheidung zwischen Einwanderungspolitik und Zuwanderung sowie zwischen dieser und humanitärer Politik kommt noch folgender Faktor hinzu: „*nationales Interesse*“. Islamisten werden in vielen ihrer eigenen islamischen Länder verfolgt. Dennoch sollte man ihnen kein Asylrecht in Deutschland gewähren, weil sie ein sicherheitspolitisches Risiko bilden. Man muss dieses Tabu brechen und sagen, dass auch bei der humanitären Politik Sicherheitspolitik gleichrangig eine Rolle spielen muss, wenn der Rechtsstaat keine Selbstverleugnung betreiben will.

65 Millionen Menschen auf der Flucht

Nach den Angaben des UNHCR gab es 2015 58 Millionen Menschen, die auf der Flucht sind. Im Jahr 2016 ist die Zahl sprunghaft auf 65 Millionen angestiegen. In der ersten Oktoberwoche 2016 hat Amnesty International einen Anklagebericht gegen reiche Länder veröffentlicht, die nicht bereit sind, diese Flüchtlinge unbegrenzt aufzunehmen.

Meine Meinung dazu ist: Das ist der reine Wahnsinn. Jeder Mensch, der das kleine Einmaleins rudimentär kennt, muss doch wissen, dass jedes soziale und gesellschaftliche System durch Überforderung zusammenbricht.

Europa würde bei der Aufnahme von 65 Millionen Flüchtlingen nicht mehr als Kontinent mit eigener zivilisatorischer Identität existieren. Diese Tatsache muss man frei aussprechen dürfen, ohne in die rechte Ecke gestellt zu werden oder als Populist beschimpft zu werden.

Die größte Bedrohung für Europa ist nicht die Völkerwanderung aus der Welt des Islam, sondern der postmoderne kulturellrelativistische [Nihilismus](#), der jeden Wertebezug als Rahmen für Identität in Europa verleugnet.

Dieser Verlust an Identität betrifft zwei zentrale Eigenschaften der kulturellen Moderne Europas: Diese sind Laizität und säkulare Demokratie der Individuen, nicht der Kollektive. Die „*die neu dazugekommen sind*“ bringen eine Weltanschauung mit, die beide verleugnet.

Integration erfolgt immer in etwas, das heißt in ein Gemeinwesen mit kultureller Identität. Wenn Deutschland seine Identität verleugnet, ist die Folge klar: eine Unfähigkeit zur Integration.

Die Frage stellt sich dann: Wohin gehören die regierungspropagandistisch als „*die neu dazugekommen sind*“ deklarierten Menschen, wenn das Land ihnen keine Identität bietet? Sie, die sich ausgegrenzt fühlen, werden eine Alternative suchen: Diese ist der Scharia-Kopftuch-Islam als Identität, die in einer Parallelgesellschaft gepflegt wird.

Die gegenwärtige Völkerwanderung aus der Welt des Islam nach Europa ist ein politisch-soziales Phänomen, kein unbeeinflussbares Naturereignis.

Europa kann sich wehren:

Aktuelles zur Völkerwanderung am 15. Januar 2017

Links-Grüne Keulen

1. **Links-grüne** mediale Herrschaft muss auf dem Boden einer Debatten-Kultur infrage gestellt werden, um die europäisch politische Kultur der Redefreiheit wiederherzustellen. Anstelle von Kampfbegriffen und Political Correctness muss es möglich sein, unbequeme Wahrheiten über die Völkerwanderung aus der Welt des Islam zu äußern, ohne dass die Links-Grünen, mit einer noch weit vor dem lieben Gott beanspruchten Moralität, mit ihrem Totschlagsargument antworten.
2. Europa muss sich von einem Zuwanderungs- zu einem Einwanderungskontinent entwickeln und eine Politik für diesen Wandel entfalten. Auch muss zwischen Einwanderung und humanitärer Politik unterschieden werden. Humanitäre Politik ist eine Pflicht, aber hierfür gibt es Kapazitäten, die der globale besorgte Gutmensch nicht anerkennt, weil dieser die Probleme der ganzen Welt auf dem deutschen Territorium lösen will. Europa muss sich das Recht nehmen, seine Grenzen zu kontrollieren und zu bestimmen, wer ins europäische Haus kommt.
3. Ohne ein Integrationskonzept, das politische, wirtschaftliche und kulturelle Voraussetzungen erfüllt, werden die Newcomer ihre eigenen Parallelgesellschaften bilden. Unterbringung und Sprachkurse bieten keine Integration.

Der schlimmste Feind Europas lebt im Inneren:

Gesinnungsethik und die [manichäische](#) Zweiteilung der Welt in gut (nichteuropäisch, links) und böse (das „dunkle Deutschland“, so Bundespräsident Gauck).

Die Bürger in Deutschland empfinden immer mehr die aufgepfropfte „Willkommenskultur“ als Teil einer typisch deutschen Autoaggression, als Beschleunigung einer in der Politik der vergangenen zwei, drei Jahrzehnte ohnehin angelegten Selbstzerstörung.

Oder sinngemäß nach [Max Weber](#), dass nach dem Gesinnungsethiker „aus Gutem nur Gutes und aus Bösem nur Böses“ kommen kann. Denn „oft ist das Gegenteil“ wahr. Weber fügte hinzu: „Wer das nicht sieht, ist in der Tat politisch ein Kind.“

Das ist ein vernichtendes Urteil über die heutige politische Kultur Europas.

Aktuelles zur Völkerwanderung am 15. Januar 2017

*Ich hoffe, mein aktueller Standpunkt zu diesem Thema im Zusammenhang mit der gescheiterten Asylpolitik und anderen Themen wird das Wissen und das Verständnis unserer Zukunftsprobleme deutlicher machen. **

Klaus-Peter Voigt

Mitglied der Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger in Neumünster

* *Die gemachten Ausführungen zu diesem aktuellen Thema stellen nur meine Meinung dar. Sie sind nicht Bestandteil unseres Wahlprogramms oder sind vorher innerhalb der Wählergemeinschaft diskutiert worden.*